

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugspreise: Durch unsere Daten frei ins Haus monatlich 60 Pfg. Bei der Geschäftsreise abgeholt monatlich 50 Pfg. u. wöchentlich 10 Pfg. Bei der Post bezogen und frei abgeholt vierteljährlich 1.50 Mk., monatlich 60 Pfg. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1.20 Mk., monatlich 48 Pfg. Erhöht täglich in den Mittagstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsanwärter und Ausgabehelfer, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Insertionspreise: Die jeder gespaltene Korpuszeile oder deren Raum für Infanterie aus Aue und den Ortsteilen der Amtshauptmannschaft Schneeberg 10 Pfg., sonst 12 Pfg. Reklamapostilla 15 Pfg. Bei größeren Abmachungen entsprechende Rabatt. Ausnahme von Angelegenheiten politischer Natur. Für Fehler im Satz oder in der Zeichnungswelt kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe des Inserates durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme des Sonntags nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 53. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 175.

Freitag, 31. Juli 1914.

9. Jahrgang.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Das Wichtigste vom Tage.

Einer bisher noch unbestätigten Meldung zufolge habe Deutschland Rußland binnen 24 Stunden um Aufklärung über den Zweck der Rüstungen gebeten.*

Der Zentralausschuß der Reichsbank erhöhte in seiner heutigen Sitzung den Diskont um ein Prozent, von vier auf fünf Prozent.

Es verlautet, daß Preußen der Forderung der Regierung der Bezüge der Militärsoldaten aus staatsrechtlichen und finanziellen Gründen nicht stattgeben wird.

Graf Berchtold hatte mit dem japanischen Gesandten in Wien eine Unterredung, der große Bedeutung beigelegt wird.*

Die russische Teilmobilisierung ist Tatsache; die Reservisten der Bezirke Obeßa, Kiew, Moskau, Kasan wurden einberufen.*

Außer der Bank von England haben auch die Nationalbanken von Frankreich, Belgien und Holland den Diskont um ein Prozent erhöht.

* Näheres folgt an anderer Stelle.

Mutmaßliche Witterung am 1. August: Westwinde, wechselnde Bewölkung, Temperatur wenig geändert, kein erheblicher Niederschlag.

Die russische Geste.

Es war eine Täuschung, als gestern das Gewitter abziehen zu wollen schien. Die Bekanntgabe eines Despatches zwischen den beiden Kaisern, die Wendung in einer amtlichen russischen Kundgebung, daß man drüben die beständige Fortdauer der alten Freundschaften wünsche, wurde als ein ehrliches Bekenntnis zum Frieden gewertet. Es war eine Täuschung. Während die Rechte Groß u. Handschlag mit dem alten deutsch. Freunde tauschte, griff die Linke in der Seitentasche. Der Nachrichten über russische Kriegsvorbereitungen sind in den letzten 24 Stunden so viele eingelaufen, daß keine Vogelstrauch-Politik mehr getrieben werden durfte. Man erinnert sich der Vorgänge von 1912. Auch damals erhob Rußland seinen Stolz mit der bloßen Geste einer Truppenansammlung an der österreichischen Grenze, die diese Macht wahrscheinlich gehindert hat, den ausbrechenden Balkanbrand im Keime zu ersticken. Der Schaden ist vielleicht niemals wieder gutzumachen, daß man damals in Wien, um Rußland nicht zu reizen, auf eine rechtzeitige Wiederbefestigung des Sandbafs verzichtet hat. Und man hätte doch mit dieser einfachen Maßregel, die sich auf dem Boden des Berliner Vertrages bewegte, von vornherein alle jene Welterungen abgeschnitten, die Serbiens Vordringen zur Adria in der Folgezeit hervorrief! Die russische Geste aber zu parieren, mußte Oesterreich 1/2 Milliarde um nichts und wieder nichts opfern! Kein Wunder, daß nunmehr die Geduld zu Ende ist, da die Petersburger Staatskunst es zum zweiten Male mit einer solchen Geste versucht, ihren deutsch-österreichischen Gegenpieler in eine Zwangslage zu versetzen!

Was will Rußland eigentlich! Wir setzen voraus, daß es Oesterreichs gutes Recht nicht streitig zu machen gedenkt, für den Mord seines Thronfolgers von den Hintermännern der Verschönerung Rechenschaft zu fordern, obwohl seine Balkan-Diplomaten auch früher schon sich nicht scheuten, von politischen Kampfsmitteln solcher Art Gebrauch zu machen. Und Oesterreich hat erklärt, daß es Serbien nicht einzuberufen gedenkt — da hätte man in Petersburg doch abwarten sollen, bis diesem Versprechen nach einer anständigen Frist die Erfüllung verweigert würde. Nun findet sich in einer erschütterlich von Herrn Swolsky herrührenden Auslassung des Petit Parisien die Wendung, Rußland wolle sich nicht mit einem österreichischen Verzicht auf Landesterritorium zufrieden geben, solange nicht auch für die Erhaltung der serbischen Volk-Souveränität eine bindende Verpflichtung eingegangen werde. Es sei zweifelhaft, ob nicht schon die Forderungen der Note vom 28. Juli über diese Richtschnur hinausgingen (Teilnahme österreichischer Beamter an der gerichtlichen Untersuchung usw.) Wenn das amtliche Rußland eine solche Selbstenttäuschung Oesterreichs, ein Zurückweichen hinter das moß-

erzogene Mindestmaß seiner Ansprüche im Friedenszustande begehrt, wie es die Fristnote begrenzt hatte, dann ist allerdings die Hoffnung gleich Null, daß eine Verständigung über die Bedingungen möglich sei, die einem im Kriege besiegten Serbien aufzuerlegen wären. Ein Staatswesen, in dem noch so dünne Fäden Regierungsmänner mit Burschen von der sittlichen Reife der Prinzip und Grades verbinden, darf nicht mehr als ein vollberechtigtes Glied der europäischen Staatsgemeinschaft fortbestehen. Man sollte meinen, daß dieses Argument einer sittlichen Interessen-Gemeinschaft und des völkerverbindenden Kultur-Katechismus an den verantwortlichen Stellen der russischen Hauptstadt eine durchschlagende Kraft betähigen müßte. Ist dem aber nicht so, beharrt man dort auf seiner einmal erprobten Methode, dem österreichischen Willen mit Westen der bezeichneten Art Zwang anzutun, dann soll man nicht die Schuld auf andere abwälzen wollen, wenn solche Hinterhältigkeit das Gesetz der Vergeltung und der fortgesetzten Nachgiebigkeit um des Friedens willen zum Ueberlaufen bringt; wenn zuletzt einmal mit kalter Entschlossenheit die Anfrage gestellt wird: Was wollest du mit dem Dolche? sprich! Man hat lange gewartet, ehe man sich zu einem solchen Schritte entschloß; seiner möglichen Folgen eingedenk. Fürst Bismarck hat einmal erklärt, er halte wohl ein scharfes Auge auf die russischen Truppenansammlungen und Kriegsvorbereitungen an der Grenze — die bekanntlich ein Jahr nach dem Berliner Kongresse, im Spätsommer 1879, ihren Anfang nahmen —, unterlasse aber bis zur äußersten Notwendigkeit solche Befragungen, die wahrscheinlich eine scharf abweisende und die gegenseitige Gereiztheit nur noch weiter verschärfende Antwort finden würden. Bis dahin beschränke er sich auf Gegenmaßnahmen. Sollte heute der kriegerische Augenblick gekommen sein, wo, wie Bismarck ein andermal sich bildlich ausdrückte, von zwei sich nächstlicherteilende im Walde begegnenden Reisenden, der eine in die Tasche greift und darauf der andere losdrückt?

Hoch das deutsche Handwerk!

(Von unserem Berliner S.-Mitarbeiter).

Die kriegerische Spannung der Zeit, die so vielen anderen Dingen eben die Aufmerksamkeit ablenkt, beeinträchtigt begreiflicherweise auch den 18. deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kongress, der gerade in diesen kritischen Tagen in Mannheim verhandelt. Eine große Anzahl der Beteiligten sah sich durch die Nachrichten über den österreichisch-serbischen Krieg so stark beunruhigt, daß sie auf Abreise drängte und so fanden nicht nur die Diskussionen vielfach ein ruhiges Ende, als es unter normalen Verhältnissen der Fall zu sein pflegte, sondern es wurden einige Punkte von der Tagesordnung abgesetzt. Trotzdem darf man sagen, daß der Mannheimer Tag auch unter diesen besonderen Umständen noch wertvolle Arbeit geleistet hat. Er zeigte das Handwerk auf dem Plan, wo es gilt, seine soziale Stellung in materieller wie ideeller Hinsicht zu verteidigen und wo er viel erörterte Punkte nicht zur Entscheidung brachte, da trug er doch Wesentliches zu ihrer künftigen Klärung bei. Von Bedeutung muß man beim Handwerk nun einmal reden, weil die moderne Wirtschaftsentwicklung so viele neue Formen des Erwerbs und der Produktion links und rechts vom Handwerk hervorgebracht hat, daß dem letzteren der Raum oft ungebührlich beengt wird. Den Schwarzsehern aber, die daraus künstlich das willige Verschwinden des Handwerks prophezeihen zu sollen glauben, gab die Mannheimer Versammlung doch einen kräftigen Beweis des Gegenteils. Man sah da nicht nur eine zahlenmäßig und wirtschaftlich beachtenswerte Vertreterschaft des Handwerks von heute beifammen, sondern konnte auch aus den Verhandlungen entnehmen, daß dieses Handwerk für seine Zukunft noch manches zu wünschen und zu leisten hat. Energisch wachte man sich vor allem schon dagegen, daß das Handwerk einfach mechanisch wie nach der jetzigen Gewerbeordnung als Kleinbetrieb von der Industrie als Großbetrieb unterschieden werde. Es gebe auch Großbetriebe im Handwerk, die durch die handwerksmäßige Herstellung ihrer Waren von einem Fabrikbetrieb immer noch wesentlich unterschieden sind. Da freilich mit der Zeit der elektrische oder sonstige Motor auch in die Werkstatt des Handwerkers immer mehr eindringt, ist die Bestimmung der Grenzen zwischen Industrie und Handwerk kein einfaches Rechenexempel.

Praktischen Wert hat die Grenzbestimmung wegen zahlreicher Vorschriften der Gewerbeordnung, die einem Fabrikbetrieb natürlich nicht schematisch die gleichen Verpflichtungen auferlegen können wie einer Meisterwerkstatt. In Mannheim selbst kamen die zwei wichtigsten hierhergehörigen Punkte zur ausführlichen Erörterung. Einmal der § 100 g, der ja auf keiner rechten Handwerksversammlung mehr zu fehlen pflegt und der dem Handwerk

die Festsetzung von Mindestpreisen verbietet außer in den freien Innungen. Das Handwerk möchte die Mindestpreise aber auch gern in die Zwangssinnung aufnehmen, um so der Schmuckkonkurrenz radikal den Lebensadern abzuschneiden. Es fragt sich nur, ob dadurch nicht mancher bedauerliche Fortschritt in tatsächlicher Verbildung der Arbeit hintergehalten wird und vor allem, ob nicht eben die Konkurrenz der Fabrikarbeit dadurch an Raum gewinne. Das ist der eine Grund, weshalb so häufig darum gestritten wird, ob ein größerer Betrieb noch verpflichtet sei, einer Handwerkerinnung beizutreten oder ob er als Industriebetrieb seine eigenen Wege gehen darf. Falls der § 100 g wirklich viele, würde der Streit um die Begriffsbestimmung des Handwerks wohl noch viel heftiger entbrennen. Eine zweite wichtige Frage ist die in der Fabrik so wesentlich andere Lehrlingausbildung gegenüber der Meisterlehre. Hier hat man auf der Mannheimer Tagung als Richtlinie aufgestellt, daß auch den in den Fabrikbetrieben handwerksmäßig ausgebildeten Lehrlingen Gelegenheit gegeben werde, die Gesellenprüfung vor den nach der Gewerbeordnung für Handwerker aufgestellten Prüfungsbedingungen und vor den entsprechenden Ausschüssen ihre Prüfung abzulegen. Man hofft so manchen tüchtigen Handwerker auch aus der Schule des Fabrikbetriebs noch herausziehen zu können. Mit der Lehrlingsbildung hängt eng die Frage auch der Stellung der Frau im Handwerk zusammen. Denn wenn diese heutzutage noch viel umstritten ist, so erklärt sich das zum größten Teil aus der sehr mangelhaften Regulierung der Ausbildung weiblicher Lehrlinge. Was sich da alles unter dem Titel Hausmacher — Schneiderinnen — u. a. Frauen breit macht, bietet teilweise nur sehr schwache Garantien wirklich höherer geistlicher Bildung. Was Mädchen treten auch hier ein, um angeblich nur für den Hausbedarf etwas zu lernen und tun dann doch später ein selbständiges Geschäft auf. Freilich ist die Lehrlingsbildung, die bei den männlichen Lehrlingen durch die Gewerbeordnung glücklicherweise jetzt unterbunden ist, bei den weiblichen noch stark im Schwung. Der Handwerks- und Gewerbe-Kongress kann wohl auf das allgemeinste Verständnis rechnen, wenn er auch für die weibliche Vorbildung die gleichen Bedingungen wie für die männliche aufstellt und vor allem auch die häusliche Konzeptionierung von Kurzen verlangt, die zur handwerksmäßigen Ausübung einer Fertigkeit anleiten wollen. Für die gegenwärtige materielle Lage des Handwerks von großer Bedeutung war die Behandlung der Frage nach der Belebung von Gebäudgrundstücken. Hier glaubt man durch Reformen des Wohnungswesens, namentlich bei richtiger Würdigung des weniger schwankenden Bodenwertes, ferner durch strengere Amortisationsbedingungen dem Handwerk die Beschaffung von Kapital zu erleichtern, und es so im Konkurrenzkampf mit der Industrie zu stärken: Alles in allem: viele wertvolle Anregungen. Mögen sie an maßgebender Stelle beachtet werden, wie ja der Staatssekretär des Innern auch schon versichert hat, die Wünsche der Sachverständigen des Handwerks bei künftigen Handelsverträgen zu beachten. Solch vereinten Bemühungen wird es wirklich wie am Schluß der Tagung heißen dürfen: Hoch das deutsche Handwerk!

Politische Tageschau.

Aue, 31. Juli.

* **Einberufung des Bundesrates.** Heute findet eine Sitzung des Bundesrates statt, an der jedoch weder der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg noch Staatssekretär von Jagow teilnehmen. Wie es heißt, wird sich der Bundesrat nur mit inneren Angelegenheiten befassen.

* **Die Zusammenkunft des türkischen und griechischen Ministerpräsidenten.** Nach authentischen Informationen aus Konstantinopel, ist die Zusammenkunft des Großwesirs mit dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos nicht aufgegeben worden. Venizelos erwartet in München die Nachricht, wann der Großwesir abreist.

* **Die mexikanischen Friedensverhandlungen.** Die Regierung von Mexiko ernannte den General Mauro Villar, sowie die Juristen David Guibierrez Alende und Salvador Urbina als Delegierte, um mit den Delegierten der Aufständischen über die Uebergabe der Regierung unter Sicherstellung der nationalen Interessen zu verhandeln. Die Delegierten reisten vorgestern nach Tampico ab.

* **Die holländischen Offiziere bleiben vorläufig in Turago.** Bei der Ueberreichung des Entlassungsgefußes der holländischen Wiffon erklärte De Weer dem Kaiser, daß die Holländer Albanen im gegenwärtigen Augenblick nicht verlassen, jedoch nach Klärung der Verhältnisse dies insgesamt tun würden. — Am heutigen Freitag werden die beiden Kinder des Fürsten nach Siena gebracht.

* **Die Italiener in Tripolis.** Aus Bengasi wird telegraphiert: Zwei unter dem Befehl des Generals